



Kommentar Michael Soukup «Lex Booking»: Unschön, aber nötig

Was technisch machbar ist, wird früher oder später Realität. Heute ist Realität, dass man Hotelzimmer online sucht, findet und bucht. Das Problem ist, dass mit der zunehmenden Digitalisierung aus einst kleinen, innovativen Start-ups längst Onlinegiganten mit teilweise monopolartiger Marktstellung geworden sind. Die 1996 in den Niederlanden gegründete und heute zum US-Konzern Priceline gehörende Plattform Booking.com hat allein in der Schweiz einen Marktanteil von über 70 Prozent bei den Onlinebuchungen.

Für ihre Vermittlungsleistung verlangt die Firma von Schweizer Hotels zwischen 12 und 17 Prozent Kommission. Dank ihrer Marktmacht konnten Booking.com und andere grosse Anbieter zudem vertraglich durchsetzen, dass die Hoteliers auf ihrer eigenen Website keine tieferen Preise als auf der Buchungsplattform offerieren dürfen. Nachdem der Verband Hotelleriesuisse

bisher vergeblich über die Wettbewerbskommission diese «Knebelverträge» zu bekämpfen versuchte, trat nun die Politik auf den Plan. Gestern hat der Nationalrat mit grossem Mehr einer Motion zugestimmt, die solche Verträge per Gesetz untersagen will.

Aus liberaler Sicht ist auch diese neue Regulierung unsympathisch. Die Digitalisierung und die Zunahme des Wettbewerbs sind Realität, kein Gesetz der Welt wird diese Entwicklung stoppen können. Es ist zudem nachvollziehbar, dass Booking.com sich gegen die vielen Trittbrettfahrer wehrt. Ohne die Präsenz auf dem Buchungsportal blieben viele Hotels unentdeckt - trotzdem buchen 40 Prozent der Booking.com-Kunden das Zimmer lieber direkt beim Hotel.

Tatsache ist aber auch, dass alle Nachbarländer und damit die direkte Konkurrenz gesetzliche Massnahmen gegen die Bestpreisgarantien ergriffen haben. In Deutschland gilt zwar vorerst das Verbot für Booking.com nicht, weil noch eine Beschwerde des Anbieters hängig ist. In Frankreich und Österreich sind sie aber seit Jahren verboten, und in Italien ist ein entsprechendes Gesetz letzten Monat verabschiedet worden. Auch das ist eine Realität, der sich die Schweiz nicht entziehen kann.